

**Niederschrift
über die 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses**

Sitzung am :	Mittwoch, den 07.09.2022
Sitzungsort:	Festhalle, Kleiner Saal

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:37 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender: Bürgermeister Tobias Kämpf in Vertretung des Oberbürgermeisters

Stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Sven Gerbeth
Herr Stefan Golle
Herr Lars Gruber zeitweise anwesend ab TOP 1.1.
Frau Claudia Hänsel zeitweise anwesend bis TOP 5.5.
Herr Jörg Schmidt
Herr Gerald Schumann
Frau Sabine Schumann

Beratende Mitglieder:

Herr Uwe Geisler zeitweise anwesend
Herr Kai Grünler zeitweise anwesend
Frau Maria Koch zeitweise anwesend
Herr Wolfgang Schmidt
Herr Mario Schreiter zeitweise anwesend
Frau Elisabeth Zabel

Stellvertretende Mitglieder:

Herr Thomas Fiedler Vertretung für Herrn Gerd Steffen - zeitweise anwesend bis TOP 5.5.
Herr Prof. Dr. Dirk Stenzel Vertretung für Herrn Prof. Dr. Lutz Kowalzik

Abwesende:

Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik entschuldigt
Herr Gerd Steffen entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheitsgrund</u>
Frau Blume-Brake	Leiterin FG Personal/Organisation	gesamte Sitzung.
Frau Friedländer-Schmidt	Leiterin FG Bürger/Service/Wahlen	zu TOP 2.1.
Herr Frank Zabel	Geschäftsstelle Kommunalen Präventionsrat	zu TOP 2.2.
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zeitweise anwesend
Herr Sebastian Barg	Medien und Öffentlichkeitsarbeit	zu TOP 3.2.

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.05.2022
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.06.2022
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.06.2022
 - 1.6. Informationen des Oberbürgermeisters/Bürgermeisters
2. **Information**
 - 2.1. Auswertung Mängelmelder II. Quartal 2022
Drucksachennummer: 0673/2022
 - 2.2. Handlungsempfehlungen aus der Analyse zur objektiven Lage zum Sicherheits- und Zufriedenheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Plauen (Sicherheitsanalyse)
Drucksachennummer: 0675/2022
3. **Vorberatung**
 - 3.1. Sitzungskalender 2023 für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Drucksachennummer: 0668/2022
 - 3.2. Antrag der SGI-Fraktion - Übertragung Stadtratssitzung -,
Reg.-Nr. 266-22 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Bürgermeister Kämpf durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die diese Sitzung Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion und Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.05.2022

Bürgermeister Kämpf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.05.2022 fest.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.06.2022

Bürgermeister Kämpf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.06.2022 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.06.2022

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen hat die befristete Einstellung eines Sachbearbeiters in der Stadtverwaltung Plauen aufgrund einer Elternzeitvertretung im Geschäftsbereich II, Fachgebiet Stadtplanung zum 01.07.2022 beschlossen.

1.6. Informationen des Oberbürgermeisters/Bürgermeisters

keine Informationen

2. Information

2.1. Auswertung Mängelmelder II. Quartal 2022 *Drucksachenummer: 0673/2022*

Frau Friedländer-Schmidt, Leiterin Fachgebiet Bürgerbüro/Service/Wahlen, erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand zum Mängelmelder der Stadt Plauen.

Bürgermeister Kämpf bedankt sich bei Frau Friedländer-Schmidt und ihrem Team für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, führt aus, dass der Mängelmelder der Stadt Plauen ein gutes Projekt ist und eine hohe Akzeptanz bei den Plauener Bürgern erreicht hat.

Die CDU-Fraktion möchte mit der kommenden Haushaltsplanung das Mindestbudget aufwerten, um die Möglichkeit zu haben, schnell und unbürokratisch Mängel abarbeiten zu können.

Frau Friedländer-Schmidt, informiert, dass es derzeit ein Budget von ca. 2.000 EUR gibt. Davon wurden hauptsächlich z. B. Mäharbeiten auf Flächen finanziert worden, bei denen kein Eigentümer bekannt ist.

Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass auch viele Mängel direkt an die betreffenden Fachbereiche weitergeleitet werden, wo ebenfalls Mittel zur Verfügung stehen, um Mängel beseitigen zu können.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, führt aus, dass in der Vorlage Zahlen aufgeführt werden, die nur für das 1. Halbjahr 2022 gelten und weitere Zahlen, die den gesamten Zeitraum betreffen. Seiner Meinung nach hätte das im Titel der Vorlage deutlicher dargelegt werden müssen (Mängelmeldung per 30.06.2022 23:59 Uhr).

Frau Friedländer-Schmidt bestätigt dies und nimmt den Hinweis für die Erstellung der nächsten Vorlage mit.

Information:

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Informationsvorlage „Zusammenfassung der Meldungen im Mängelmelder der Stadt Plauen zum Stand 30.06.2022, 23:59“, ***Drucksachenummer: 0673/2022***, zur Kenntnis.

2.2. Handlungsempfehlungen aus der Analyse zur objektiven Lage zum Sicherheits- und Zufriedenheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Plauen (Sicherheitsanalyse)
Drucksachenummer: 0675/2022

Herr Frank Zabel, Geschäftsstelle Kommunalen Präventionsrat, erläutert anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Sicherheitsanalyse.

Bürgermeister Kämpf bedankt sich bei Herrn Zabel für die Ausführungen. Er betont, dass ihm das Thema Prävention bei Kindern und Jugendlichen sehr wichtig sei. Es sollen hierzu aktive Angebote gemacht werden. Die Prävention an Schulen wurde gemeinsam mit den Schulleitern erörtert. Ziel sei eine breite Abdeckung der Prävention.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, bedankt sich für die sachlichen Informationen. Er fragt nach, wann die Veranstaltung (ESF und EFRE) in Haselbrunn stattgefunden hat und wer dazu eingeladen war.

Weiterhin fragt er nach, wo die Haselbrunner Filmtage am 06.10.2022 stattfinden sollen.

Bezüglich des Sicherheitsgefühls in der Unterführung am Oberen Bahnhof sollten keine „Schnellschüsse“ gemacht werden. Man müsse sehr genau abwägen und vor allem verantwortungsbewusst mit diesem Thema umgehen.

Bürgermeister Kämpf antwortet, dass bezüglich der Unterführung sehr genau beraten und zielführend gehandelt werden soll.

Herr Zabel antwortet, dass die von Stadtrat Gerbeth angefragten Veranstaltungen in Haselbrunn (ESF und EFRE) im Juni/Juli 2022 stattgefunden haben. Dies waren Sitzungen der Arbeitsgruppe Bauliche Prävention. Man hat sich dort mit dem Bündnis „Haselbrunn bewegt“ zusammengetan. Dieses Bündnis hat seine Mitglieder eingeladen und über die o. g. öffentlichen Sitzung der AG Bauliche Prävention zu den Veranstaltungen informiert.

Die Filmnächte finden an der Markus-Kirche (Park vor der Kirche als Sitzfläche beantragt). Ein großer Truck mit einer LED-Leinwand soll auf der kleinen Straße vor dem Markuskeller-Club aufgestellt werden.

Mit der Unterführung am Oberen Bahnhof wird sich die Arbeitsgruppe Bauliche Prävention befassen. Diese AG wird von Herrn Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, geleitet. Dort können die Möglichkeiten mit den betreffenden Fachleuten geprüft und Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, sieht einige Erkenntnisse der Analyse durchaus überraschend. Sie regt an, die Umfrage, welche der Sicherheitsanalyse zugrunde liegt, eventuell mit etwas angepassten Fragestellungen an die Schüler der 9. und 10. Klassen der Plauener Schulen zu geben. Diese Umfrage könnte z. B. im Gesellschaftskunde-Unterricht ausgeteilt werden, um auch von Jugendlichen ein Meinungsbild zur Stadt Plauen zu erhalten.

Bezüglich Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt Plauen hatte die Fraktion DIE LINKE vor einigen Jahren einen Antrag gestellt, Sammelbehälter für Papier in den Schulen bereitzustellen. Dieser Antrag wurde mit Hinweis auf die Kosten abgelehnt. An der Friedensschule wird das Papiersammeln mittlerweile mit einfachen Pappkartons umgesetzt. Diese Vorgehensweise könnte von Bürgermeister Kämpf zu Gespräch mit den Schulleitern am 29.09.2022 angesprochen werden.

Stadträtin Hänsel berichtet von einem Vorfall an ihrer Schule. Eine Schülerin und ein Schüler haben einem Mitschüler ein Hakenkreuz auf die Jacke gemalt.

Die Schülerin musste hierfür Arbeitsstunden ableisten. Der Schüler hat seine Strafe mit Geld von seinen Eltern bezahlt.

Nach Meinung von Stadträtin Hänsel hätte die Schülerin etwas aus dieser Maßnahme gelernt.

Der Schüler wohl eher nicht. Sie schlägt vor, auf solche Ereignisse gleichmäßig mit Arbeitsstunden zu reagieren, um einen gewissen Lerneffekt zu erhalten.

Bürgermeister Kämpf nimmt die Empfehlung bezüglich Wertstoffsammlung an Schulen gerne in die o. g. Beratung mit den Schulleitern mit. Er betont aber, dass die Stadt Plauen pädagogisch nicht zuständig sei.

Auf Nachfrage von Herrn Zabel antwortet Stadträtin Hänsel, dass die Fragen in der Umfrage zur Sicherheit in Plauen bezogen auf die Zielgruppe der Schüler etwas abgewandelt werden könnten, z. B. dahingehend, was sich nach Meinung der Schüler in der Stadt Plauen ändern müsste, um einen Weggang nach der Schulzeit zu vermeiden.

Herr Zabel führt aus, dass es eine große Unzufriedenheit zum Thema Strafmaß in breiten Schichten der Bevölkerung gäbe. Dies wurde auch in den Sitzungen der Gremien des Kommunalen Präventionsrates angesprochen. In einem Gespräch mit der neuen Oberstaatsanwältin wurde Herrn Zabel deutlich zu verstehen gegeben, dass die Möglichkeiten sehr limitiert seien. Das Thema „Wiedergutmachung“ würde vor dem Thema „bestrafen“ stehen. Die Richter seien völlig unabhängig und entscheiden nach ihrem Ermessen. Der Kommunale Präventionsrat könne sich dazu äußern, hat aber keinen Einfluss.

Bürgermeister Kämpf hält es für eine gute Idee, die Befragung an die Schüler auszureichen.

Herr Kai Grünler, sachkundiger Einwohner, ist als unmittelbarer Anwohner der Bahnhofstraße überrascht bezgl. der Feststellung des Sicherheitsgefühls in der Unterführung Oberer Bahnhof. Er kann diese Einschätzung nicht teilen. Er fragt nach, ob sich hier Anwohner oder andere Bürger unsicher fühlen würden. Weiterhin möchte Herr Grünler wissen, welche Probleme es konkret dort gibt.

Herr Zabel führt aus, dass es eine anonyme Befragung gab. Es kann also nicht nachvollzogen werden, wer was beantwortet hat. Primär haben aber ältere Menschen geantwortet. Der Stadtteil um den Oberen Bahnhof würde in der Kriminalstatistik immer wieder auffallen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erinnert an die Initiative der CDU-Fraktion, einen Kriminalpräventiven Rat zu schaffen. Sinn und Zweck dieses Gremiums war, Kriminalität in der Stadt Plauen vorzubeugen.

Stadtrat Schmidt bedankt sich für die vorgetragene Präsentation und möchte nunmehr wissen, wie die Erkenntnisse nunmehr von der Theorie in die Praxis übertragen werden können.

Stadtrat Schmidt persönlich haben 2 prekäre Stätten in der Statistik gefehlt: der Lutherpark und das private Parkhaus am Theater (Dormero-Hotel). Dort hat man objektiv gesehen schon das Gefühl, dass dort Kriminalität stattfindet. Es sei offensichtlich, dass wahrscheinlich in den späten Nachtstunden z. B. Drogen gehandelt würden.

Zu diesen beiden Stätten hätte Stadtrat Schmidt gerne konkrete Aussagen, was man dort an diesen Stellen unternimmt. Präventive Maßnahmen seien gut. Man müsse aber auch überlegen, was operativ unternommen werden könne.

Stadtrat Schmidt hält es in diesem Zusammenhang für wichtig, den Kontakt zum Ordnungsamt und zur Polizei zu pflegen. Dem Stadtrat sollte mitgeteilt werden, welche konkreten Maßnahmen hier durchgeführt werden.

Stadtrat Schmidt spricht das Thema Graffiti an. Er habe subjektiv das Empfinden, dass es nicht weniger wird. Auch hier wird um eine Aussage gebeten, wie der Bürger unterstützt werden kann. Wie man schneller reagieren könne - siehe Friedensbrücke – hier wurde erst nach mehrmaliger Aufforderung gehandelt.

Stadtrat Schmidt spricht an, dass man sich im Stadtrat und der Stadtverwaltung darauf geeinigt habe, dass die Gender-Schreibweise keine Anwendung findet. Dies sollte im vorgetragenen Bericht beachtet werden.

Bürgermeister Kämpf merkt an, dass in der Verwaltung auf die Gender-Schreibweise verzichtet wird. In der Präsentation selbst sind Empfehlungen als Zitat wiedergegeben worden, deshalb taucht dort noch die Gender-Schreibweise auf. Bei den von Stadtrat Schmidt angesprochenen konkreten Maßnahmen müsse die Zuständigkeit geklärt werden (Parkhaus Dormero – privater Besitzer). Die Stadt Plauen könne bei Privatbesitz nur Hinweise geben.

Herr Zabel erläutert die derzeitige Benennung des Kommunalen Präventionsrates. Bezüglich des Parkhauses am Dormero-Hotel sei man im Gespräch mit den Besitzern. Der Lutherpark sei ein öffentlicher Bereich. Dort stellt sich die Situation etwas schwieriger dar. Mit der Polizei und der Mobilen Jugendarbeit wird regelmäßig über dieses Areal gesprochen. Allerdings fehlen hier noch Ansatzpunkte, um konkret vorgehen zu können.

Herr Zabel teilt weiterhin mit, dass sich die Friedensbrücke nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Plauen befindet. Somit konnte man nicht selbst etwas beauftragen.

Herr Wolfgang Schmidt, sachkundiger Einwohner, kann nicht verstehen, warum Jugendliche als subjektives Sicherheitsrisiko gesehen werden. Weiterhin fragt er nach, wer die im Bericht von Herrn Zabel erwähnten „Randgruppen“ sind. Er möchte, dass diese genau benannt werden. Weiterhin kann er nicht nachvollziehen, was Schul-Abbrecher mit Sicherheitsrisiken zu tun haben sollen. Dies sei wohl eher ein Sozialer Aspekt.

Bürgermeister Kämpf führt aus, dass Sicherheit ein breites Feld darstellt. Auf soziale Nöte wie z. B. Schulabbruch, Drogenkonsum sollte frühzeitig präventiv reagiert werden, um die Zahl der Risiken minimieren zu können.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet darum, die Sicherheitsanalyse für die Stadträte zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Kämpf befürwortet dies. Die Sicherheitsanalyse wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt (*ist im Ratsinformationssystem Session bei der heutigen Sitzung hinterlegt*)

Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion merkt an, dass man wenigstens versuchen sollte, zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme etwas beizutragen. Er selbst teilt das subjektive Empfinden zu Unterführung Oberer Bahnhof nicht. Wenn festgestellt wird, dass das subjektive Empfinden nicht der Realität entspricht, dann sollte dies auch öffentlich kommuniziert werden.

Stadtrat Prof. Dr. Stenzel schlägt vor Begebenheiten, die unterhalb der Strafbarkeit liegen, evtl. über den Mängelmelder der Stadt Plauen mit anzubringen.

Bezüglich der Vermeidung von Müll hatte sich Stadtrat Prof. Dr. Stenzel mehr vorbeugende Handlungsempfehlungen erhofft.

Bürgermeister Kämpf wollte die heutige Präsentation kurzhalten. Das Thema Müllprävention wird auf jeden Fall diskutiert.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, ergänzt zu den Ausführungen von Stadtrat Schmidt, dass man Drogenhandel/Kriminalität im Parkhaus am Dormero-Hotel oder auch am „Tunnel“ auch tagsüber beobachtet werden könne. Prävention sei zwar ein guter Baustein. Man sollte aber dazu übergehen, die gewonnenen Erkenntnisse in die Exekutive zu überführen.

Herr Mario Schreiter, sachkundiger Einwohner, fragt nach, wie es im Hinblick auf die drohende Energiekrise bezüglich Straßenbeleuchtung usw. aussehen wird. Er fragt nach, inwieweit der Einfluss der Energieeinsparung durch den Kommunalen Präventionsrat kommuniziert werden soll.

Bürgermeister Kämpf sieht es auch kritisch, dass man dazu verpflichtet würde, verschiedene Beleuchtung abzuschalten. Die Energie-Spar-Verordnung müsse aber umgesetzt werden. Es sei auch der Wunsch des Oberbürgermeisters, dass sich der Stadtrat zu diesem Thema positionieren sollte.

Information:

Der Verwaltungsausschuss nimmt die Ergebnisse der Sicherheitsanalyse und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sowie deren geplante Umsetzung durch den Kommunalen Präventionsrat zur Kenntnis.

3. Vorberatung

**3.1. Sitzungskalender 2023 für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Drucksachenummer: 0668/2022**

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, fragt nach, warum die Sitzungen der Ausschüsse wieder in der Festhalle stattfinden.

Bürgermeister Kämpf teilt mit, dass dies immer noch wegen der Sicherheit bezüglich Corona so gemacht wird. Sobald der Ratssaal fertiggestellt wurde, gäbe es im Haus wieder bessere Bedingungen für die einzelnen Sitzungen.

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen folgenden Beschlussvorschlag zu:

„Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Sitzungskalender 2023 für den Stadtrat der Stadt Plauen und seine Ausschüsse gemäß Anlagen.“

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

**3.2. Antrag der SGI-Fraktion - Übertragung Stadtratssitzung
Reg.-Nr. 266-22 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Lars Gruber, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Sebastian Barg, Sachbearbeiter Medien/Öffentlichkeitsarbeit, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Bürgermeister Kämpf teilt mit, dass sich die Stadt Plauen nicht aktiv positionieren wird. Die Entscheidung liegt beim Stadtrat. Hierbei sollte das Für und Wider beachtet werden. Wichtig sei bei einer möglichen Live-Übertragung auch die Selbstdisziplin der Mitglieder des Stadtrates. Gleichzeitig sollte bei der Entscheidung auch beachtet werden, dass die Mitglieder des Stadtrates keine „Berufspolitiker“, sondern im Ehrenamt tätig sind.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus. Die FDP-Fraktion hatte selbst bereits zweimal einen solchen Antrag eingebracht. Das FÜR würde nach Meinung von Stadtrat Gerbeth überwiegen. Man sollte aber in jedem Falle die Meinung des Einzelnen respektieren.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, führt aus, dass sich seine Fraktion vor 2 Jahren gegen eine Übertragung der Sitzungen ausgesprochen hat. Einige Vorbehalte von damals seien noch vorhanden, man könne sich aber „grundsätzlich damit anfreunden“. Allerdings stelle die von der Verwaltung vorgeschlagene Veröffentlichung der Aufzeichnungen über „YouTube“ ein Problem dar.

Stadtrat Schmidt nimmt die Entscheidung zu diesem Antrag noch einmal in seine Fraktionssitzung mit. Seiner Meinung nach wäre es gut, wenn bei einer möglichen Übertragung nur die Redner in der Sitzung aufgenommen würden. Die anwesenden Mitglieder der CDU-Fraktion werden sich heute der Stimme enthalten.

Herr Kai Grünler, sachkundiger Einwohner, kritisiert die von der Verwaltung vorgetragene Kostenschätzung. Seiner Meinung nach wäre eine Übertragung wesentlich günstiger, wenn man z.B. auf „open Source Software“ zurückgreifen würde.

Herr Grünler schlägt vor, die jeweilige Sitzung aufzuzeichnen und nachzubereiten und nach der Sitzung zeitnah zu veröffentlichen.

Bürgermeister Kämpf merkt an, dass auch das Nachbearbeiten Personalkosten nach sich zieht. Außerdem seien möglicherweise Lizenz- und Hardware-Kosten zu beachten.

Herr Barg trägt vor, dass 2 Kameras zum Einsatz kommen würden. Eine Kamera für das Podium und eine für das Rednerpult. Die aufgeführten Kosten sind größtenteils ausgewiesene Personalkosten der durchführenden Firmen. In der Verwaltung selbst sei keine Personalkapazität vorhanden, deshalb müsse man auf externe Firmen zurückgreifen.

Herr Barg erläutert, den Hintergrund einer möglichen Veröffentlichung auf YouTube“. Diese technische Variante wurde von allen angefragten Firmen bevorzugt. Allerdings müssten alle Sitzungsteilnehmer der Veröffentlichung auf „YouTube“ zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen folgendem Beschlussvorschlag mehrheitlich zu:

„Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung der Stadt Plauen wird beauftragt, zukünftige Sitzungen des Stadtrates im Wege eines Livestreams in das Internet zu übertragen und eine Aufzeichnung dieses Livestreams in das Bürgerinformationsportal einzustellen.
2. Für die Durchführung der Aufnahme sowie der Bereitstellung des Streams und dessen Aufnahme ist aktiv nach Kooperationspartnern und Fördermöglichkeiten zu suchen und dem Stadtrat im Zuge der anstehenden Haushaltsverhandlungen die Kosten darzustellen.“

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der CDU-Fraktion, berichtet vom „Speed-Dating“ mit Politikern am vergangenen Freitag in Plauen.

Ihr sei aufgefallen, dass es durchaus tiefgehende Ängste in der Bevölkerung gibt, was die kommende Situation betrifft (z. B. Verschärfung der Situation im ukrainischen Kernkraftwerk, mögliche Stromabschaltungen in Deutschland usw.).

In der Zeitung war zu lesen, dass Bürgermeisterin Wolf dahingehend eine Gruppe gebildet hat, um sich auf solche Fragen vorzubereiten und evtl. Lösungswege anzubieten. Es wurde ebenfalls gesagt, es gäbe keine Möglichkeit, den Bürgern die Erkenntnisse mitzuteilen.

Deshalb möchte Stadträtin Hänsel anregen, dass ein aus der o. g. Gruppe vorliegendes Ergebnis in den Stadtnachrichten (Bürgerzeitung) veröffentlicht. Wichtig wäre zu wissen, welche Alarm-Signale es für welche Situation geben wird.

Die entsprechende Vorgehensweise bei unterschiedlichen Szenarien soll öffentlich bekanntgemacht werden.

Bürgermeister Kämpf teilt mit, dass es in der nächsten Woche viele Veranstaltungen geben wird, bei denen die Bürgerinnen und Bürger informiert werden, was die Stadt Plauen selbst tun kann und auch tun wird und bei welchen Belangen z. B. die Bundesregierung in der Verantwortung steht. Er befürwortet die von Stadträtin Hänsel vorgeschlagene Veröffentlichung, um den Bürgerinnen und Bürgern eine gewisse Sicherheit zu geben.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, hat folgende 3 Anliegen:

1. Anwohner der Mettestraße in Plauen berichten, dass Beschäftigte des Finanzamtes und möglicherweise auch andere im Behördenzentrum ansässiger Einrichtungen würden die Mettestraße zum Parken während der Arbeitszeit nutzen.

Es sei wiederholt vorgekommen, dass sowohl Grundstückseinfahrten als auch Hydranten zugesperrt wurden. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass auf der linken Seite (aus Richtung Neundorf zum Schanzgrund) der Fußweg von hohem Gras zugewachsen sei und vom Anlieger - wahrscheinlich das Finanzamt bzw. der Freistaat Sachsen – so gut wie nicht gemäht und gereinigt wird.

Wegen dieser Sachverhalte hätten sich die Anwohner auch schon an die Stadtverwaltung gewandt aber bisher nach eigenen Angaben kein Gehör gefunden.

Stadtrat Gerbeth fragt nach, ob es möglich wäre, hierzu einen kurzen Sachstandsbericht zu geben.

Bürgermeister Kämpf sagt eine Beantwortung durch die Stadtverwaltung zu.

2. Stadtrat Gerbeth fragt nach, warum die letzte Einwohnerversammlung im Stadtteil Haselbrunn/Markuskirche an einem Wochentag um 10 Uhr vormittags begonnen hat. Welche Gründe hat es für diesen – zumindest für Berufstätige – sehr ungünstige Anfangszeit gegeben? Hält es die Verwaltung für machbar, Einwohnerversammlungen künftig wieder am frühen Abend durchzuführen?

Bürgermeister Kämpf sagt eine schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung zu.

3. Stadtrat Gerbeth hat ebenfalls am Speeddating mit Politikern teilgenommen.

Auch er hat solche Fragen wie Stadträtin Hänsel wahrgenommen.

U. a. wurde von Leitern und Beschäftigten von Pflegeeinrichtungen nachgefragt, wie der Notfallplan der Stadt Plauen im Falle eines länger währenden Stromausfalls aussieht.

Wenigstens die Einrichtungsleitung sieht es als erforderlich an, zu diesem Thema informiert zu werden.

Bürgermeister Kämpf sagt hier eine gemeinsame Beantwortung mit der Anfrage von Stadträtin Hänsel zu.

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf
Bürgermeister

Gerad Schumann
Stadtrat

Sven Gerbeth
Stadtrat

Peggy Glaß
Schriftführer